Die Zeichen stehen auf Finanzcrash – die Politik schaut zu

*von Urs P. Gasche**



Urs P. Gasche (Bild infosperber)

(CH-S) Der Chefredaktor des «Infosperber», Urs P. Gasche, weist auf den seit Jahrzehnten drohenden globalen Finanzkollaps hin, der auch die Schweiz bedroht. Wo bleiben die Vorschläge des Bundesrates für Massnahmen zum Schutz der Bevölkerung? Was passiert, wenn die Aktien in den Keller stürzen und die Altersvorsorge von Millionen Schweizern sich in Luft auflöst? Die schwachen Massnahmen von National- und Ständerat zur Risikoabsicherung bei Zahlungsausfällen von Grossbanken lassen Schlimmstes befürchten.

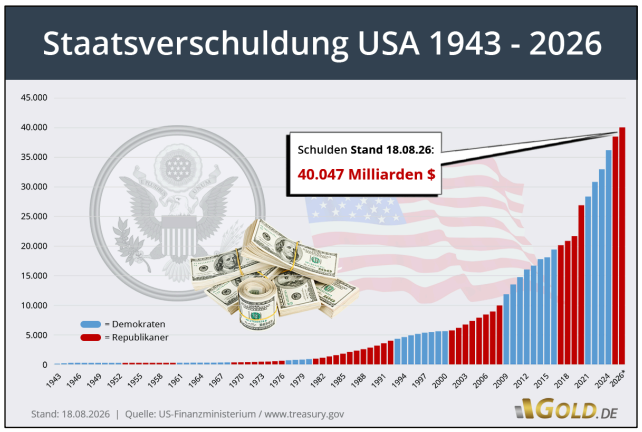
* * *

Es drohen hohe Geldentwertung, Konkurse, verbreitete Arbeitslosigkeit, autoritäre Regierungen, Krieg. Reaktion? Nur Achselzucken!

Der weltweite Schuldenberg wankt, die Blase der ausserbörslichen Wettgeschäfte steht vor dem Platzen, eine weltweite Wirtschaftskrise rückt näher.

Dieses Szenario ist wahrscheinlicher, als dass Russland einen Nato-Staat angreift.

Trotzdem stecken Parlamente und Regierungen keine Milliarden in die Prävention eines Finanzkollapses – anders als bei der Aufrüstung. Dabei bräuchte es nicht einmal so viel Geld, um einen absehbaren Finanzcrash zu verhindern. Parlamente und Regierungen lassen sogar einfache und für den Staat kostenlose Massnahmen ungenutzt: Schattenbanken,[1] die im Verborgenen riskante Geschäfte treiben, bleiben erlaubt und



unreguliert. Wenige Sätze zur Regulierung würden bereits genügen,[2] um die Spekulationsrisiken zu reduzieren.

Doch der hochspekulative Mikrosekundenhandel läuft weiter.[3] Eine Mikrosteuer auf elektronischen Finanztransaktionen, die diesen Handel unattraktiv machen und trotzdem nötige Einnahmen bringen würde, wird ignoriert.[4]

Auch bei den öffentlichen und privaten Schulden fehlt der Wille zur Umkehr: Statt sie durch neue Einnahmen und geringere Ausgaben abzubauen, türmen Parlamente und Regierungen neue Schulden obendrauf.

Das Eigenkapital der UBS, heiss diskutiert und umstritten, ist nur ein Detail. Es darf nicht vom eigentlichen Problem ablenken: dem globalen Risiko eines Crashs.

Grösstes Problem: die hohe Verschuldung

Kristina Georgiewa, Direktorin des *Internationalen Währungsfonds* (IWF), nennt die hohe Verschuldung der Staaten das «langfristig wohl gewichtigste Problem der Weltwirtschaft».

Rüstungsausgaben und steigende Energiekosten verschärfen die Lage.

Nicht etwa Schwellen- oder Entwicklungsländer, sondern die reichen Industriestaaten tragen die grössten Schuldenberge. Am stärksten auf Pump wirtschaften die USA, Japan, Italien, Griechenland und Frankreich.

Zu den Staatsschulden kommen die Schulden von Privathaushalten und Unternehmen (ohne Finanzinstitute). In den vergangenen zehn Jahren stiegen diese privaten Schulden in den USA um

* *Urs Paul Gasche,* geboren 1945 in Basel, ist ein Schweizer Journalist, Publizist und ehemaliger Fernsehmoderator. Von 1986 bis 1996 leitete und moderierte er die Konsumentenschutz-Fernsehsendung «Kassensturz». Zuvor war er Chefredaktor der «Berner Zeitung». Heute ist U. P. Gasche freier Publizist und Redaktor der Internet-Zeitung «Infosperber». Er ist Präsident der *Schweizerischen Stiftung zur Förderung unabhängiger Information* (SSUI) sowie Autor mehrerer Bücher.

nominal 56 Prozent, in Japan um 40 Prozent und in Frankreich um 50 Prozent.

Dahinter steckt der Wahn, wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Herausforderungen mit Wirtschaftswachstum zu lösen.[5] Wachstumsprediger blenden aus: Das Wirtschaftswachstum (BIP) in den reichen Industriestaaten kam in diesem Jahrhundert fast nur noch durch neue Schulden zustande. Weiteres Wachstum auf Kredit führt in den Abgrund.

Doch unbeirrt wollen Parlamente und Regierungen die Überschuldung mit einem kräftigen Wirtschaftswachstum abbauen. Dass dies bisher misslang, gibt ihnen nicht zu denken. «Jahrzehntelang haben die Industrieländer auf Pump gewirtschaftet», stellte die «Handelszeitung» schon vor zehn Jahren fest. Daran hat sich nichts geändert. Heute mahnt die Direktorin des *Internationalen Währungsfonds,* es sei «das Gebot der Stunde», die Staatsausgaben zu drosseln.

> «Bei beiden grossen Parteien in den USA fehlt das Bewusstsein, wie dringlich die Lage ist. Man müsste schon jetzt die Ausgaben senken und/oder die Einnahmen erhöhen. Aber dazu fehlt die Einsicht und der Wille.»
>
> *Carmen Reinhart, Finanzprofessorin an der Harvard Kennedy School.*

Allein die USA sitzen auf einem staatlichen Schuldenberg von über 40 000 Milliarden Dollar. Dazu kommen private und unternehmerische Schulden in ähnlicher Höhe.

Die staatlichen Schulden wachsen jährlich um 2000 bis 3000 Milliarden.

Jedes Jahr müssen US-Staatspapiere im Wert von 9000 Milliarden Dollar, deren Laufzeit endet, ersetzt werden. Kein Wunder, dass Präsident *Trump* die US-Notenbank drängt, die Zinsen zu senken. Denn jede Zinserhöhung um ein Prozent treibt die jährlichen Zinskosten um 90 Milliarden Dollar in die Höhe.

Es überrascht deshalb wenig, dass Trump andere Länder auffordert, ihre Währungsreserven nicht durch den Verkauf von US-Staatsanleihen abzubauen. Je mehr dieser Papiere auf den Markt kommen, desto höhere Zinsen fordern Käufer.

Um einen Ansturm von Verkäufern zu verhindern, greifen das US-Schatzamt und die US-Notenbank Fed mit marktwidrigen Massnahmen ein:

- Die US-Banken dürfen fast unbegrenzt «sichere» US-Staatsanleihen kaufen, ohne ihr Eigenkapital aufstocken zu müssen. Mit diesen Staatsanleihen als Sicherheit beschaffen sie sich Geld, das sie unter anderem zur Finanzierung spekulativer Finanzmarktgeschäfte einsetzen können.
- Der Staat finanziert sich zunehmend mit kurzfristigen Anleihen, statt wie üblich auf langfristige zu setzen. Er zahlt dafür etwas weniger Zinsen. Das erhöht jedoch das Risiko für das US-Schatzamt, falls Zinsen und Inflation steigen – ähnlich wie bei kurzfristigen oder langfristigen Hypotheken.
- Früher legten vor allem Pensionskassen, Versicherungen und andere Staaten ihr Kapital langfristig und sicher in US-Staatsanleihen an. Heute nutzen Hedge-Funds US-Staatsanleihen im Wert von inzwischen über 2000 Milliarden Dollar als kurzfristige Spekulationspapiere. Sie verkaufen diese Anleihen etwa gehebelt – also mit dem 30- bis 100-fachen Einsatz – als Futures-Kontrakte zu leicht höheren Preisen auf dem Terminmarkt.

  Die *Bank für Internationalen Zahlungsausgleich* (BIZ) warnte kürzlich: Die dominante Rolle der Hedge-Funds an den Anleihen-Märkten schaffe eine «neue Schwachstelle für die Finanzstabilität». Die Abhängigkeit von Fremdkapital könnte Hedge-Funds zwingen, ihre Anleihen zu verkaufen. Deren Wert würde sinken, weil Käufer für die verbleibenden Laufzeiten höhere Zinsen verlangen.

«Alles basiert auf Pump, hohen Bewertungen (von Aktien und Immobilien), hohen Erwartungen und gegenseitigen Abhängigkeiten», warnt *Beat Thoma,* Chief Investment bei *Fisch Asset Management* in Zürich und Autor zweier Bücher über die Finanzmärkte. Steigende Zinsen und ein bröckelnder Dollar seien eine «gefährliche Kombination mit globalem Eskalationspotenzial». («the market», 19. September 2026)

> «Wir haben es mit einem Finanzsystem zu tun, dessen innere Abläufe wir nicht verstehen.»
>
> *William White, ehemaliger Chefökonom der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ)*

Das Vertrauen in den Dollar schmilzt

Angesichts der massiven Überschuldung der USA verlieren US-Staatsanleihen ihren Ruf als sichere Kapitalanlage:

Im Jahr 2008 besassen ausländische staatliche Institutionen wie Notenbanken noch 40 Prozent aller handelbaren US-Staatsanleihen,[6] im Jahr 2020 noch 20 Prozent,[7] heute nur noch 12 Prozent.[8]

China etwa reduzierte den Anteil von US-Staatsschuldtiteln seit 2020 von 1072 Milliarden[9] auf heute 618 Milliarden Dollar.[10]

Ausreisser ist Grossbritannien: Die dem Vereinigten Königreich zugerechneten Bestände an US-Staatsschuldtiteln[11] stiegen von 441 Milliar-

den Dollar Ende 2020 auf 998 Milliarden Dollar im Juli 2026.

Die Länderzuordnung lässt allerdings nicht immer erkennen, wer die tatsächlichen Eigentümer sind.

«NZZ»-Wirtschaftsredaktor *Markus Städeli* kommentierte: «*Bessent* ist wohl der am besten qualifizierte Finanzminister der Welt. Aber natürlich kann auch er nicht über Wasser gehen. Wenn der US-Kongress und Bessents Chef, Donald Trump, die Staatsfinanzen nicht unter Kontrolle bringen, steht der einstige Hedge-Fund-Manager auf verlorenem Posten.» («Neue Zürcher Zeitung», 29. August 2026)

«Bis das Wirtschaftssystem zerfällt»

«Es sind schmerzhafte Anpassungen nötig», sagt *Mark Dittli,* Redaktor von «The Market». Die USA müssten ihre Staatsfinanzen stabilisieren. China und andere Länder Asiens müssten ihre Währungen aufwerten. «Geschieht die Remedur nicht, werden die Schulden in den Defizitnationen immer höher steigen. Die westlichen Demokratien werden sich weiter deindustrialisieren und den Populisten verfallen – bis das globale Wirtschaftssystem zerfällt.» (10. September 2026)

Rekorde an den Börsen als Alarmzeichen

Für zehnjährige US-Staatsanleihen muss der Staat bereits mehr als fünf Prozent Zins zahlen. Viele Investoren geben sich mit dieser Rendite zufrieden. Sie kaufen diese als sicher geltenden Anleihen, statt an der Börse auf noch mehr Rendite zu hoffen. Normalerweise drückt dies die Aktienkurse.

Noch ist das nicht der Fall. Investoren hoffen noch immer, mit Aktien der KI-Konzerne deutlich höhere Renditen zu erzielen. Doch sobald die Gewinne dieser börsentreibenden Konzerne einbrechen, fällt ein Börsencrash umso heftiger aus.

Tamedia-Wirtschaftsredaktor *Armin Müller* stellte im August nüchtern fest: «Die Party an den Börsen läuft munter weiter, befeuert von billigem Geld, technologischer Fantasie und der so naiven wie unerschütterlichen Hoffnung, dieses Mal sei alles anders. Doch jeder Bullenmarkt geht irgendwann zu Ende, und je manischer gefeiert wird, desto schmerzhafter kann es werden.»

«Ich sehe gegenwärtig alle wichtigen Eigenschaften einer Blase.»

Carmen Reinhart, Finanzprofessorin an der Harvard Kennedy School.

Persönlichkeiten seien «ein Merkmal von Spekulationsblasen», warnt Finanzjournalist *Edward*



Massenandrang bei der Berliner Sparkasse nach Schliessung der Banken, 13. Juli 1931. (Bild Bundesarchiv, Bundesarchiv Bild 102-12023/Wikipedia)

Chancellor, Autor mehrerer Bücher über die Spekulation.[12] «Um das Thema künstliche Intelligenz hat sich eine Blase gebildet – und sie wird implodieren», erklärte er am 19. September gegenüber «The Market». Besonders problematisch: Wegen der allgemeinen Überschuldung könne ein künftiger Einbruch nicht mehr mit einer Geldschwemme abgefangen werden.

Auch von höchster Stelle kommen Warnungen: Die *Bank für Internationalen Zahlungsausgleich* (BIZ) spricht von einer «zunehmenden Risikoblindheit unter den Anlegern».

Das Platzen der KI-Blase wird auch Privathaushalte und Pensionskassen erwischen, die ihr Geld in börsengehandelte Index-Fonds angelegt haben. Denn die KI-Konzerne sind in verschiedenen Börsen-Indizes immer stärker vertreten.

Historiker erinnern an die Weltwirtschaftskrise vor einem Jahrhundert. Ohne sie wäre es wohl nicht zum Aufstieg der Nazis und zum Zweiten Weltkrieg gekommen. Damals freuten sich Aktionäre über eine ausserordentliche Börsenhausse: Zwischen dem 24. August 1921 und dem 3. September 1929 stiegen die Kurse an der Wall Street um 500 Prozent. Das entspricht einer jährlichen Rendite von rund 25 Prozent. 1928 erreichte die Spekulationsblase ihren Höhepunkt. In der kurzen Zeit vom März 1928 bis zum September 1929 legte die US-Börse um weitere 80 Prozent zu.

Am 24. Oktober 1929 beendete der historische Börsencrash die Goldenen Zwanzigerjahre abrupt. In Deutschland förderte die Krise den Aufstieg der Nazis.

Finanzspezialisten sind sich in einem Punkt einig. Es wird zu einem Finanzcrash kommen. Doch niemand weiss, was ihn auslösen wird und wann er eintritt.

Quelle: https://www.infosperber.ch/wirtschaft/kapitalmarkt/die-zeichen-stehen-auf-finanzcrash-die-politik-schaut-zu/,

23.Oktober 2026

[1] *https://www.infosperber.ch/wirtschaft/kapitalmarkt/grossbanken-warnen-vor-tickender-zeitbombe-zuenseln-aber-mit/*

[2] *https://www.infosperber.ch/wirtschaft/kapitalmarkt/gegen-das-gefaehrliche-finanzcasino-koennen-ein-paar-saetze-helfen/*

[3] *https://www.infosperber.ch/wirtschaft/kapitalmarkt/mikrosekunden-wettgeschaeft-an-boersen-verbieten/*

[4] *https://www.infosperber.ch/wirtschaft/kapitalmarkt/eine-mikrosteuer-wuerde-die-casino-wetten-der-ubs-erschweren/*

[5] *https://www.infosperber.ch/wirtschaft/wachstum/in-memoriam-hpg-das-wirtschaftswachstum-beruht-auf-pump/*

[6] *https://www.federalreserve.gov/monetarypolicy/files/fomc20081212memo16.pdf*

[7] *https://home.treasury.gov/system/files/221/CombinedChargesforArchivesQ42020.pdf*

[8] *https://www.brookings.edu/articles/whos-buying-u-s-treasury-debt-and-why/*

[9] *https://ticdata.treasury.gov/resource-center/data-chart-center/tic/Documents/mfhhis01.html*

[10] *https://ticdata.treasury.gov/resource-center/data-chart-center/tic/Documents/slt_table5.html*

[11] *https://ticdata.treasury.gov/resource-center/data-chart-center/tic/Documents/mfhhis01.html*

[12] *https://www.edwardchancellor.com/*